

**Wahl****Zwei Vertreter oder Vertreterinnen der Berliner Gewerkschaften zu Mitgliedern des (ruhenden) Kuratoriums der Humboldt-Universität zu Berlin sowie deren Stellvertreter(innen)**

Drs 16/3689 .....	7073
Ergebnis .....	7113

**Große Anfrage****Chefsache Klimaschutz:  
Was macht eigentlich der Chef?**

Drs 16/3646 .....	7073
-------------------	------

**Beschlussempfehlungen****Jetzt umsteuern: Klimaschutzgesetz muss auf dem „Stufenmodell“ basieren**

Drs 16/3682 .....	7073
-------------------	------

**Mit klarem Klimaziel in die Green Economy – Investitionssicherheit für eine innovative Wirtschaft**

Drs 16/3681 .....	7073
Michael Schäfer (Grüne) .....	7073, 7080, 7081, 7084
Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit .....	7074
Oliver Scholz (CDU) .....	7081
Daniel Buchholz (SPD) .....	7083, 7084, 7085
Astrid Schneider (Grüne) .....	7085
Volker Ratzmann (Grüne) .....	7085
Carsten Wilke (CDU) .....	7086
Uwe Doering (Linksfraktion) .....	7088
Henner Schmidt (FDP) .....	7090

**Spreeufer und Mediaspree durch Brücken zu einem „Spreequartier“ verbinden**

Drs 16/3675 .....	7092
-------------------	------

**Dringliche Beschlussempfehlungen****Gründung der Labor Berlin – Charité Vivantes GmbH**

Drs 16/3712 .....	7092
Nicolas Zimmer (CDU) .....	7092
Thomas Isenberg (SPD) .....	7093
Anja Schillhaneck (Grüne) .....	7094
Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion) .....	7095
Kai Gersch (FDP) .....	7096
Beschluss .....	7113

**Dringliche Beschlussempfehlungen****Vermögensgeschäft Nr. 28/2010 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte**

Drs 16/3707 .....	7097
Torsten Schneider (SPD) .....	7097
Matthias Brauner (CDU) .....	7098
Oliver Schruoffeneger (Grüne) .....	7099
Christoph Meyer (FDP) .....	7099
Beschluss .....	7113

**Vermögensgeschäft Nr. 22/2010 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte**

Drs 16/3708 .....	7100
Beschluss .....	7114

**Vermögensgeschäft Nr. 23/2010 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte**

Drs 16/3709 .....	7100
Beschluss .....	7114

**Vermögensgeschäft Nr. 26/2010 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte**

Drs 16/3710 .....	7100
Beschluss .....	7114

**Entwurf des Bebauungsplans XV-67a im Bezirk Treptow-Köpenick, Ortsteile Johannisthal und Adlershof**

Drs 16/3713 .....	7100
Beschluss .....	7114

**Vorlagen – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 VvB**

Drs 16/3683 .....	7101
-------------------	------

**Dringliche Vorlage – zur Kenntnisnahme –****Festsetzung des Abstimmungstages für den Volksentscheid „Schluss mit Geheimverträgen – wir Berliner wollen unser Wasser zurück“**

Drs 16/3697 .....	7101
-------------------	------

**Dringlicher Entschließungsantrag****Wasserverträge sind rechtssicher offengelegt – Volksentscheid ist gegenstandslos**

Drs 16/3706 .....	7101
Beschluss .....	7114

**Kai Gersch**

Wir werden es erleben, dass das Großlabor, wenn es dann existiert, irgendwann einmal Investitionsbedarf hat. Das, was Herr Albers gesagt und es als Heldentat bezeichnet hat, nämlich hier Veräußerung und Beteiligung von Dritten faktisch auszuschließen, das wird ein Problem werden. Nicht nur, dass wir momentan nicht sehen können, woher die Synergieeffekte kommen – wir haben den gleichen Personalbestand, der faktisch den gleichen Tarifvertrag hat –, ist die vage Hoffnung, hier über Einkaufsvorteile weiterzukommen. Ich bezweifle, dass in Größenordnungen, wie es hier angestrebt wird, die Investitionen wieder rückgeführt werden können.

[Beifall bei der FDP]

Aber auch ordnungspolitisch haben wir nicht nur große Bauchschmerzen, sondern es ist auch der eigentliche Grund, warum wir es ablehnen. Wir haben hier die Services GmbH neben dem eigentlichen Großlabor. Dort gibt es neben wolkigen Aussichten auf eventuelle Vergabe und Veräußerungen von Aufgaben an Dritte nur die Aussage, dass es medizinische Versorgungszentren betreiben soll. Man kann nur feststellen, hier hat Vivantes ein Schlupfloch gefunden, endlich auch in dem Bereich der ambulanten Behandlung weiterzukommen, sich hier aus dem zweiten großen Topf zu bedienen. Wie das nachher aussehen soll, in der Größe, wo wir bei diesen beiden Unternehmen bereits 40 Prozent Marktanteil im Krankenhausbereich haben, da weiß man doch ganz genau, wenn es hier medizinische Versorgungszentren gibt, dass die einfach die Durchlaufstation für Vivantes werden und eher nicht für die Charité. Da kann man nur sagen: Was hier gemacht wird, ist Wettbewerbsverzerrung en passant. Das ist der große Schritt zum Thema Staatsmedizin hier in diesem Land Berlin. Sie sagen es doch: Wir wollen es in der öffentlichen Hand haben, und Sie tun alles, damit diese beiden Unternehmen mehr Wettbewerbsvorteile bekommen, als sie verdienen. Vivantes und Charité beharken sich sozusagen auf dem gleichen Geschäftsfeld. Es wäre ehrlich, statt dort den Schritt zu machen, Charité gibt die Regelversorgung auf und überlässt diesen Anteil Vivantes. Aber das können und wollen Sie politischen nicht durchhalten. Daher greifen Sie wieder in die Trickkiste.

[Beifall bei der FDP]

Man könnte sogar noch darüber verhandeln, wenn Sie so weit gehen würden zu sagen, wir machen Vivantes als kommunalen Krankenhausträger zur Kapitalgesellschaft, dass man hier tatsächlich etwas erreichen kann. Aber auch das wollen Sie nicht. Sie wollen das, was wir vor 20 Jahren im Ostteil der Stadt vorgefunden haben, jetzt auf den Westteil implizieren. Ich glaube, das ist der falsche Weg. Daher werden wir auf jeden Fall die Vorlage ablehnen. Seien Sie sicher: Fusionsgedanken Charité und Vivantes werden auch weiterhin sicher nicht auf unserer Tagesordnung stehen. – Danke!

[Beifall bei der FDP]

**Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:**

Vielen Dank, Herr Kollege Gersch! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung empfiehlt mehrheitlich gegen FDP bei Enthaltung von CDU und Grünen die Annahme mit Maßgaben. Der Hauptausschuss empfiehlt mehrheitlich gegen FDP bei Enthaltung CDU die Annahme mit geänderten Maßgaben. Über die letztgenannte Empfehlung lasse ich abstimmen. Wer der Vorlage Drucksache 16/3661 mit der Maßgabe der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses Drucksache 16/3712 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen Die Linke, die Grünen, die SPD. Wer ist dagegen? – Dagegen ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Fraktion der CDU ist so beschlossen. Damit ist die Vorlage mit der Maßgabe des Hauptausschusses angenommen.

Wir kommen zu

**Ifd. Nr. 22 B:**

Dringliche Beschlussempfehlung

**Vermögensgeschäft Nr. 28/2010 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte**

Beschlussempfehlung Haupt Drs 16/3707  
Vorlage – zur Beschlussfassung – gemäß  
§ 38 Abs. 1 GO Abghs

Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Hierzu ist Beratung beantragt worden. Im Vorfeld dieser Sitzung hat es Uneinigkeit zwischen den Geschäftsführern darüber gegeben, wie mit der Öffentlichkeit bei der Beratung von Vermögensgeschäften umzugehen ist. Erbeten wurde daher zur Klärung eine gutachtliche Stellungnahme des Wissenschaftlichen Parlamentsdienstes. Diese liegt seit heute Morgen vor. Darin wird empfohlen, auch bei Vermögensgeschäften gem. § 38 unserer Geschäftsordnung grundsätzlich von der Öffentlichkeit der Beratung auszugehen und diese nur auf Antrag gemäß Artikel 42 Abs. 4 der Verfassung von Berlin durch Beschluss auszuschießen. Daher wird heute das bisher übliche Verfahren gemäß § 38 GO Abgeordnetenhaus nicht angewendet, wonach bei der Beratung von Vermögensgeschäften grundsätzlich die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde.

Wird der Antrag auf nichtöffentliche Beratung gestellt? – Das ist nicht der Fall. Wortmeldungen liegen nicht vor

Vor der Abstimmung haben die Fraktionen ihre Redebeiträge zu Protokoll gegeben.

**Torsten Schneider (SPD) [zu Protokoll gegeben]:**

Der Senat und die Koalition wollen zusammen mit den Berlinerinnen und Berlinern das Flugfeld Tempelhof entwickeln. Die Berliner und wir wollen einen der größten Parks Europas schaffen, 17 000 Arbeitsplätze sollen entstehen, ganze Quartiere werden wachsen und über 300 Millionen Euro sollen erlöst werden. Die Bevöl-

**Torsten Schneider**

kerung will das. Die Stadt braucht das. Die Opposition verweigert das.

Die Opposition scheint mit Berliner Flughäfen sowieso ihre Probleme zu haben. Die einen wollen innerstädtischen Flugverkehr und Tegel offenhalten und kritisieren zugleich andernorts und ohne gesamtstädtischen Politikansatz Flugrouten. Besonders bizarr ist aber, was die Grünen abliefern: Ihre groteske Infragestellung des BBI zeigt Ihre Inkompetenz, Ihre anstrengende Ahnungslosigkeit und Ihre handgreifliche Wirtschaftsfeindlichkeit. Und schlimmer: Sie zeigen Ihre Berlinfeindlichkeit.

Als wir seinerzeit die Menschen in Berlin schützen und nicht nach Schönefeld wollten, haben die Grünen dagegen und für den Schutz von Lurchen in Sperenberg votiert. Das ist ein erneuter Nachweis Ihrer Ambivalenz zwischen politischem Gestaltungsanspruch und fehlender Verantwortungsbereitschaft. Hinzu kommt Ihr unsäglicher Populismus, für den Ihnen die Berliner bereits die Quittung geben. Im Tagesspiegel heißt es: „Renate kommt und verlegt die Flügel unter Tage“. Das ist wahrlich unterirdisch. Sie verstehen die Stadt nicht, und deshalb verstehen Sie auch Ihre eigene Bruchlandung nicht. Ihre Argumente gegen die Entwicklung von Tempelhof: Kritik an Hinzuziehung externen Sachverständigen – das ist staatssozialistischer Populismusgestus –, Kritik an angeblich fehlender Transparenz – das ist dünner Unfug, denn in den letzten zehn Jahren gab es bundesweit kein transparenteres Verfahren einer Flächen- und Projektentwicklung, keine umfassendere Bürgerbeteiligung als zum Tempelhofer Feld. Und dann wieder unsere grünen Freunde: „Schweinsgalopp“, so Ihr Unwort. Dazu sage ich nur: Politischer Schnulli! Sie müssen sich entscheiden: Wollen Sie auf der Entwicklungsbremse stehen oder Bürgerwillen umsetzen?

„Verdunklung“, schimpfen Sie mit kleinteiligem Fetisch. Die Staatsanwaltschaften beantragen in über 90 Prozent der Fälle einen Haftbefehl wegen Fluchtgefahr. In weniger als 3 Prozent steht Verdunklungsgefahr in Rede. Nur wer gar nichts in der Hand hat, nur wer inhaltlich so leer aufgestellt ist wie Sie, bohrt argumentativ so dünne grüne Bretter. Und schließlich: Es gebe zu viele Akteure in Tempelhof. Ich habe es Ihnen schon mehrfach gesagt: Wenn Sie sich durch normale Verwaltungsabläufe überfordert sehen, dann sind Sie nicht fähig, Staatsgeschäfte zu führen. Dann hüten Sie doch äsende Rehe am Horizont ihrer ländlichen Gedankenwelt, liebe Grüne!

Sie sticheln erneut neben der Spur. Denn eines wissen alle Berlinerinnen und Berliner: Berlin könne beim Geld nicht mit Städten wie Paris oder London mithalten, so der Regierende Bürgermeister.

Aber diese Stadt hat etwas, was man mit Geld nie kaufen kann: eine Ausstrahlung, eine Anziehung, eine Wildheit und eine Schönheit, wie es sie in dieser Kombination nicht noch mal auf dieser Welt gibt. Und das bedeutet, arm, aber sexy sein.

Wir haben einen Regierenden Bürgermeister, hinter dem sich die SPD geschlossen versammelt, der uns zieht, schiebt und zur Not trägt, der Berlin versteht, der Berlin lebt. Wir haben den „Mister Berlin“. Und Sie, liebe Freunde der Grünen, haben ein Kandidatenproblem.

**Matthias Brauner** (CDU) [zu Protokoll gegeben]:

Die Schließung des Flughafens Tempelhofs ist zum Synonym für die Investorenfeindlichkeit des Wowereit-Senats geworden. Zwei Jahre nach Schließung beraten wir nun die Vorlage, in der die Zuständigkeit für die Entwicklung des riesigen Areals geregelt werden soll. Pikanterweise beraten wir dies im Rahmen eines Vermögensgeschäfts.

Nachdem der Senat im Sommer mit der ersten Vorlage scheiterte, weil diese mit heißer Nadel gestrickt war, kommt nun, wieder kurz vor Ende des Jahres, ein Vorschlag, bei dem einiges zu hinterfragen ist. Einzig, dass die Grundstücke nunmehr im direkten Landesbesitz verbleiben, ist ein deutlicher Fortschritt. Was bleibt, sind aber folgende Fakten:

Für die Erarbeitung einer Struktur zur Entwicklung des Tempelhofer Feldes benötigt der Senat zwei Jahre. Wie der Vorlage zu entnehmen ist, sieht sich die Verwaltung für Stadtentwicklung nicht in der Lage, dieses Vorhaben selber zu stemmen. Durch die faktische Beauftragung der ehemaligen „Adlershof Projekt GmbH“ – im Kern durch die Übernahme des Personals – entsteht hier der Eindruck, dass eine Anschlusslösung gefunden werden musste. Ist das schon wenig erquicklich – so ist für uns die gewählte Organisationsstruktur besonders fragwürdig.

Vergegenwärtigen wir uns mal die verschiedenen Beteiligten, die sich zukünftig dort tummeln werden:

- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung,
- Senatsverwaltung für Finanzen,
- zwei weitere Senatsverwaltungen,
- die angrenzenden Bezirke,
- IGA GmbH,
- IBA GmbH,
- Grün Berlin GmbH,
- Property Management,
- Tempelhof Projekt GmbH,
- Beirat der Tempelhof Projekt GmbH.

Kurzum: eine Fülle von Projektbeteiligten, die ein kompliziertes und großes Areal planen und vor allem entwickeln sollen. Das schreit nach einer starken Koordinationsfunktion. Wie soll das eine GmbH leisten? Kann ein „steuernder Aufsichtsrat“ das leisten oder gar ein wachsender Beirat? Wir sind da sehr skeptisch.

Warum sind wir so skeptisch? – Die Entwicklungsgebiete Berlins und deren schwieriger wirtschaftlicher Verlauf sollten uns etwas Besseres lehren. Aufgrund dieser Voraussetzungen favorisieren wir eine verwaltungsinterne Struktur mit einer klaren und entscheidungsfähigen Pro-